



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

26. April 2024

26. April 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Aus Wahlkreis und Heimat

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag befasste sich mit den Spionage-Vorwürfen gegen einen Mitarbeiter des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krah. Zudem ging es um Vorwürfe einer möglichen Einflussnahme aus Russland aber auch China. Die Kernfrage: Erhielt die AfD Geld aus Russland und China?

„Deutschland zuerst“ plakatiert die extrem rechte Partei, Höcke benutzt die NS-Parole „Alles für Deutschland“. Dann die Enthüllungen über die Remigration, nun die Spionageaffären.

Nun müsste jedem klar werden, wie groß die Bedrohung durch die AfD ist. AfD-Politiker dienen sich ideologisch autoritären Regimen an. Der Mitarbeiter des Europa-Spitzenkandidat Maximilian Krah wurde als mutmaßlicher chinesischer Spion enttarnt und sitzt in Untersuchungshaft. Krah selbst wird der Korruption beschuldigt und soll Zahlungen aus China erhalten haben. Aufnahmen belegen, wie Petr Bystron bei einem Treffen mit einem prorussischen Einflussagenten Geld zählt und sich darüber beschwert, dass er 200-Euro-Scheine in deutschen Geschäften nicht ausgeben kann.

Angeblich besteht die AfD aus wahren Patrioten, denen Deutschland und die Interessen seiner Bürger mehr am Herzen liegen als anderen Parteien. Tatsächlich handelt es sich wohl um Verräter – Vaterlandsverräter, um einen Begriff zu nutzen den die AfD gern anderen Politikern vorhält.

Diese Affären machen deutlich, dass die AfD auch außenpolitisch extrem gefährlich ist, denn sie sind pro China und pro Russland.

Euer und Ihr





Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Zuschlag für Erwerbsgeminderte

Eine gute Rente im Alter ist ein Ausdruck von Wertschätzung und Anerkennung. Dafür stehen wir als SPD-Fraktion. Dabei haben wir alle Menschen im Blick. Besonders diejenigen, die wegen Krankheit oder Behinderung nicht mehr arbeiten können. Sie haben Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente.

Wer aufgrund einer Krankheit oder Behinderung nicht mehr arbeitsfähig ist, hat Anspruch auf eine Rente wegen Erwerbsminderung. In den vergangenen Jahren haben wir Verbesserungen für neu begonnene Erwerbsminderungsrenten durchgesetzt. Jetzt sorgen wir dafür, dass erwerbsgeminderte Rentnerinnen und Rentner im Bestand – also Menschen, die zwischen 2001 und 2018 erstmals eine Erwerbsminderungsrente bezogen haben – künftig bessergestellt werden.

Abhängig vom Rentenbeginn erhalten sie ab Juli 2024 einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch.

Zudem steigen die Renten für alle ab Juli um 4,57 Prozent – in Ost und West gleichermaßen, da der Rentenwert bundesweit nun gleich ist. Für die meisten Beschäftigten ist die gesetzliche Rente die wichtigste Säule ihrer Altersvorsorge. Damit der demografische Wandel nicht zu sinkenden Renten führt, werden wir das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent sichern. Damit wollen wir allen Generationen, besonders auch jüngeren Menschen, Sicherheit geben, dass sie im Alter gut abgesichert sind. Das bedeutet auch: Ein höheres Renteneintrittsalter über 67 Jahre hinaus wird es mit uns nicht geben.





Bundestag beschließt Einführung von Veteranentag

Der Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit die Einführung eines Veteranentags beschlossen. Mit den Stimmen aller Fraktionen sprach sich das Parlament für einen nationalen Gedenktag am 15. Juni aus. Er soll Dank und Anerkennung für Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zum Ausdruck bringen.

Begangen werden soll der Tag „öffentlich und sichtbar“ in Berlin und jeweils an einem Wochenende - vor oder nach dem Datum, wenn es auf einen Werktag fällt. Zudem fordert der von der Ampel gemeinsam mit der CDU/CSU Fraktion eingebrachte Antrag die Bundesregierung auf, die Nachsorge von besonders im Auslandseinsatz erlittenen Schäden zu verbessern. Dazu zählten Fürsorge, Rehabilitationsmaßnahmen, Therapieangebote sowie Ansprechstellen für geschädigte Bundeswehrangehörige und deren Familien. Konkret nennt der Antrag dabei Hilfe bei Posttraumatischen Belastungsstörungen, die auch Jahre nach einem Einsatz auftreten können.

Vertreter der Parteien, die den Antrag gestellt haben, sehen in der Einführung des Veteranentags ein wichtiges Zeichen. Viele Abgeordnete betonten die Notwendigkeit von Verbesserungen bei der Nachsorge. Auch wenn dabei einiges bereits erreicht worden sei, höre man von Soldatinnen und Soldaten noch immer von langen Verfahren und bürokratischen Hürden.

Unser Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) nannte in der Debatte den Gedenktag ein „starkes, wichtiges und überfälliges“ Zeichen der Wertschätzung. Er verwies auf die Bedeutung auch für die Angehörigen. Hinter jeder Soldatin und hinter jedem Soldaten stehe eine Familie, sagte er.

Seit der Gründung der Bundeswehr hätten mehr als zehn Millionen Frauen und Männer dort gedient, heißt es in dem Antrag. Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten seien in mehr als 50 Ländern im Auslandseinsatz gewesen. Der Veteranentag solle nicht nur Dankbarkeit für ihren Einsatz zum Ausdruck bringen, sondern auch das Verständnis für die damit verbundenen Leistungen, Entbehrungen und Opfer in der Gesellschaft fördern. Nach Angaben der Bundeswehr sind seit 1955 mehr als 3.300 Angehörige der deutschen Streitkräfte in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen. 116 von ihnen starben bei einem Einsatz im Ausland. Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kostete 59 Soldaten das Leben.



Bundestag beriet über Antrag zum nicht-invasiven Pränataltest

Der interfraktionelle Antrag "Kassenzulassung des nichtinvasiven Pränataltests – Monitoring der Konsequenzen und Einrichtung eines Gremiums" (Bundestags-Drucksache 20/10515), den 121 Bundestagabgeordnete unterstützen, wurde in erster Lesung im Deutschen Bundestag debattiert.

Mittlerweile lässt jede dritte Schwangere einen Pränataltest durchführen, selbst wenn kein Verdacht auf eine Trisomie besteht. Das ist ein Problem: Denn die Tests sind häufig falsch-positiv. Sie zeigen eine Trisomie an, obwohl keine vorliegt. Abgeordnete des Bundestags fordern daher, die Folgen der Kassenzulassung dieser Tests systematisch auszuwerten.

Der Antrag wurde von der interfraktionellen Gruppe Pränataldiagnostik initiiert und entspricht dem vom Bundesrat am 16. Juni 2023 einstimmig gefassten Beschluss „Kassenzulassung des nicht-invasiven Pränataltests (NIPT) – Monitoring der Konsequenzen und Einrichtung eines Gremiums“. Mit beiden Initiativen wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Monitoring zu den Folgen der Kassenzulassung des NIPT zu veranlassen und ein Expertengremium einzurichten, um die ethischen, rechtlichen und gesundheitspolitischen Grundlagen der Zulassung zu prüfen. Am 26. April trifft sich die interfraktionelle Gruppe Pränataldiagnostik mit Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach und dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, um über die inhaltliche Ausgestaltung der beiden Forderungen zu sprechen.

Hintergrund:

Die Abgeordneten fordern, die Folgen der Kassenzulassung des nichtinvasiven Pränataltests (NIPT) systematisch auszuwerten. Nach der Einigung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) sei der NIPT seit Juli 2022 eine Kassenleistung, sofern die Schwangere zusammen mit der Gynäkologin zu dem Schluss komme, dass der Test notwendig sei.

Jedoch regle der G-BA weder in den Mutterschaftsrichtlinien (MuRL) noch in der „Versicherteninformation Bluttest auf Trisomien/Der nicht invasive Pränataltest (NIPT) auf Trisomie 13, 18 und 21“ ausreichend klar, wann dieser Bluttest zur Anwendung kommen sollte.



Aus Wahlkreis und Heimat

GeMa1nsam mehr!

Der **Tag der Arbeit** ist unser Tag der Solidarität. Denn nur gemeinsam sind wir als Gesellschaft stark – und dazu trägt der Sozialstaat maßgeblich bei. Ein starker und resilienter Sozialstaat ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft und macht uns weniger krisenanfällig. Er ist ein wichtiger Teil unserer sozialen Demokratie. Klar ist: Wer Demokratie will, darf nicht die Sozialleistungen runterschrauben.

Unter dem Motto „GeMa1nsam mehr!“ begehen wir im Wahlkreis gleich zwei Maifeiern:

Die **SPD Gudensberg** wird ab 11.00 Uhr gemeinsam mit der Wunderbar am Marktplatz bei Bier und Bratwurst feiern. Ortsvereinsvorsitzender und DGB-Kreisvorsitzender Florian Geißer hält die Ansprache.

#GEMA1NSAM

*50 Jahre Gebietsreform...
50 Jahre SPD für Felsberg*

Herzliche Einladung zur traditionellen Maifeier

am 01. Mai 2024,
ab 12:00 Uhr,
an der
Sporthalle Neuenbrunlar

Gastredner:
Günter Rudolph, MdL



#GEMA1NSAM

Wanderer, Radfahrer, Genossen...
vereinigt Euch!

Herzliche Einladung zur Maifeier „Tag der Arbeiterbewegung“

am 01. Mai 2024,
ab 11:00 Uhr,
auf dem
Marktplatz - Biergarten
„Wunderbar“ Gudensberg



Der **SPD Stadtverband Felsberg** feiert ab 12.00 Uhr sein 50jähriges Bestehen und den Tag der Arbeiterbewegung an der Sporthalle in Neuenbrunlar.

Gastredner ist der Landtagsabgeordnete Günter Rudolph. Und für die Kleinsten gibt es eine Hüpfburg. Alles geschaffen für einen schönen Familienausflug.



"Wir vor Ort. Unsere Politik im Dialog" - Dialogtour der SPD-Fraktion im Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion ist wieder mit der Dialogtour im Wahlkreis unterwegs.

#SPDbtvorOrt

**Wir vor Ort.
Unsere Politik im Dialog.**

Treffen Sie mich in Schwalmstadt!

Dienstag, 28. Mai 2024, 10 – 12 Uhr
Paradeplatz, Schwalmstadt-Ziegenhain



Sie sprechen mit:

**Edgar
Franke**

MdB

SPD
Fraktion im
Bundestag

Dieses sehr erfolgreiche und einmalige Format verschafft den Bürgerinnen und Bürgern ein niedrigschwelliges Gesprächsangebot mit ihrem Abgeordneten.

Edgar Franke wird die Menschen vor Ort und in ihrem Alltag treffen. Eine gute Gelegenheit, um über die Arbeit und die Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion zu informieren, mehr Akzeptanz und Transparenz für ihre Arbeit zu schaffen sowie den Dialog auf Augenhöhe fortzusetzen.

#SPDbtvorOrt

**Wir vor Ort.
Unsere Politik im Dialog.**

Treffen Sie mich in Borken!

Dienstag, 28. Mai 2024, 14 – 16 Uhr
Europa-Platz



Sie sprechen mit:

**Edgar
Franke**

MdB

SPD
Fraktion im
Bundestag

Am Morgen des 28. Mai 2024 geht es von 10.00 bis 12.00 Uhr in Schwalmstadt los. Auf dem Paradeplatz in Ziegenhain hält der Dialogbus mit Edgar Franke Einzug. Und das während des Wochenmarktes. So lohnt sich der Weg auf den Wochenmarkt doppelt.

Und am Nachmittag geht es nach Borken. Hier kommt der Dialogbus mit Edgar Franke von 14.00 bis 16.00 Uhr auf den Europaplatz.

In beiden Fällen unterstützen die jeweiligen Stadtverbände und versorgen die Standbesucher mit Kaffee und Kuchen.



Bilder der Woche

Auf dem Bundespresseball mit **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**.

Beide kenn sich bereits seit den Studentagen in Gießen.



Bild oben: Mit Lebensgefährtin **Berit Mende** auf dem Bundespresseball.



Treffen mit dem Kult-**Boxer Axel Schultz** beim Handballspiel der Füchse Berlin.



**Nachlese zum
World Health Summit**



Edgar Franke rechts neben Catharina Böhme. Catharina Böhme ist die stellvertretende Generaldirektorin für Außenbeziehungen und Governance bei der Weltgesundheitsorganisation WHO.



Bild links: Mit Ingo Behnel, Leiter der Zentralabteilung Europa und Internationales im Bundesministerium für Gesundheit (im Bild rechts) und Prof. Dr. Axel Radlach Pries, Dekan und Mitglied des Vorstandes des Berlin Institute of Health in der Charité im Gespräch.

Global Health Hub Germany mit MdB Dr. Georg Kippels (CDU) und MdB Dr. Paula Pichotta (Bündnis 90/Grüne).





Global Ministerial Summit on Patient Safety

Vergangene Woche war Edgar Franke auf der internationalen Konferenz zum Thema Patientensicherheit mit über 50 Repräsentanten und 400 Teilnehmer aus aller Welt in Santiago de Chile. Der „Global Ministerial Summit on Patient Safety“ war somit ein Ministertreffen, bei dem er den Bundesgesundheitsminister vertreten hat.



Die chilenische Gesundheitsministerin Ximena Aguilera hat den Summit eröffnet, organisiert und begleitet (im Bild neben Franke).

Als Repräsentant Deutschlands hat Edgar Franke beim „Global Ministerial Summit on Patient Safety“ den Nutzen internationaler Zusammenarbeit auf diesem Gebiet betont.

Die Erkenntnisse des Ministertreffens aufgreifend, hat er zu einer klaren Verankerung von Patientensicherheit im „General Programme of Work“ der WHO aufgerufen.

Deutschland war mit 5 Mitarbeitern aus dem Bundesministerium für Gesundheit und mit zahlreichen Vertretern aus der Wissenschaft bei dem Summit vertreten.





Mit **Daniel Leichtle** vom Bundesgesundheitsministerium (im Bild links neben Edgar Franke) bei der Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Daniel Leichtle war früher Mitarbeiter im Bundestagsbüro des Abgeordneten und ist jetzt Mitarbeiter des

Referats L8 - Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen - des Ministeriums. Er hat in dieser Funktion dem Gesundheitsausschuss über die Kampagne „Ich schütze mich“ berichtet.

Die **Podiumsdiskussion**

„Gesundheitsversorgung sichern, Finanzen stabilisieren – sind die Strukturreformen auf der Zielgeraden?“ des AOK Bundesverbandes befasste sich vor allem

mit dem Reformbedarf unseres Gesundheitssystems. Außer Schleswig-Holstein und Bayern haben alle anderen Bundesländer dem Krankenhaustransparenzgesetz,



das die geplante Krankenhausreform flankiert, nicht zugestimmt. Insofern wurde die Bedeutung eines weiteren gemeinsamen Vorgehens betont, weil nur so, eine effiziente, quantitativ hochwertige und flächendeckende Krankenhausversorgung gewährleistet werden kann. Thema war auch die ambulante Versorgung mit der geplanten Entbugetierung der Hausärzte und sektorenübergreifende Versorgungskonzepte in den Regionen.

Auf dem Bild von links: MdB Tino Sorge, Dr. Edgar Franke, Moderatorin Sarah Oswald, Dr. Carola Reimann, Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Kerstin von der Decken, Gesundheitsministerin Schleswig-Holstein und MdB Dr. Janosch Damen.



Für ein Jahr in die USA - Stipendien des Deutschen Bundestages



Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit 1983 jedes Jahr

Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft der Bundestagspräsidentin.

Die Bewerbungsfrist für das 42. PPP 2025/26 beginnt am 2. Mai 2024. Dann wird der Link auf <https://www.bundestag.de/ppp> zum Bewerbungsformular freigeschaltet.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurzgehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler/photothek.net, Seite 3 Image by Wilfried Pohnke from Pixabay, Seite 6 Sharepics der SPD Schwalm-Eder, Seite 7 Sharepics der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 8-11 Edgar Franke, Seite 12 <https://www.bundestag.de/ppp>.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.